



Opferperspektive

SCHATTENBERICHTE

Gegen rechten Terror - Opfer schützen statt Täter bestätigen



Brandenburg ist nicht Sachsen, doch auch hier ist deutlich zu vernehmen, wie sich der Ton der Anti-Asyl-Hetze verschärft und in Gewalt niederschlägt. Rechte und rassistische Kundgebungen von AfD, Pegida-Ablegern, Bürgerwehren, Abendspaziergängern und der Neonazi-Partei „Ill. Weg“ nehmen zu. Für Geflüchtete ist es Alltag bedroht und angegriffen zu werden. Auch Kommunalpolitiker_innen und Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, werden diffamiert und attackiert. Die alarmierenden Angriffszahlen des Sommers steigen weiter in einem Ausmaß, dass die Opferperspektive es nicht mehr schafft, allen Betroffenen eine Beratung anzubieten. Selbst Sicherheitsbehörden und Politik warnen vor rechtem Terror, versagen aber darin Betroffene zu schützen.

Rassistische Angriffe und Aufmärsche zielen darauf ab, Geflüchtete und Migrant_innen zu vertreiben. Die politisch beschlossene Demontage des Grundrechts auf Asyl gibt jenen Recht, die Geflüchtete als Bedrohung ansehen und sie abwehren wollen. Rassist_innen können sich somit in ihren Forderungen bestätigt sehen. Daher ist es mehr als bedauerlich, dass das Land Brandenburg sich im Bundesrat nicht der Asylrechtsverschärfung entgegenstellte.

Der eskalierenden rassistischen Gewalt mit einer Aufstockung der Polizei zu begegnen genügt nicht. Solidarisierung mit Betroffenen benötigt gesellschaftliche Verantwortung und politische Konsequenz: Neben einem effektiven Schutz vor weiterer Gewalt muss endlich für Geflüchtete die Einhaltung von Zeugen- und Opferschutzstandards garantiert sein. In Brandenburg scheitert das bereits daran, dass Polizei und Behörden wenig auf Mehrsprachigkeit eingestellt sind: für viele Geflüchtete verhindern Sprachbarrieren schon, dass ihr Notruf überhaupt verstanden wird.

Schlechte Übersetzungen bei Anzeigenaufnahme, Zeugenvernehmung oder bei medizinischen Untersuchungen führen zu falsch protokollierten Aussagen und zuweilen zu der Unterstellung, Betroffene übertreiben oder denken

sich den Angriff aus. Informationen zu Rechtsberatungen oder zu spezialisierten Beratungsstellen werden selten weitergegeben, somit erhalten Betroffene wenig professionelle Unterstützung. Schlimmstenfalls droht ihnen noch vor dem Gerichtsprozess gegen die Täter_innen die Abschiebung. Ohne ihre Zeugenaussage wird das Verfahren oft eingestellt oder endet in einem Freispruch.

Politische Konsequenzen sind notwendig. Ein deutliches Zeichen gegen rassistische Gewalt ist das dauerhafte Bleiberecht für Betroffene rassistischer Angriffe und zwar unabhängig von den Folgen der Tat. Es signalisiert den Rassist_innen, dass ihre Ziele politisch geächtet sind und sich nicht mit Gewalt durchsetzen lassen. Es ist auch ein politisches Signal, dass rassistische Gewalt vier Jahre nach dem Bekanntwerden des NSU nicht wieder verharmlost wird und Opferschutz ernst gemeint ist.

PUBLIKATION

Das Buch der Opferperspektive „Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt“ ist durch eine zweite, korrigierte Auflage wieder verfügbar. Zum 15-jährigen Bestehen 2013 blickten wir mit diesem Buch auf die eigene Arbeit zurück, reflektierten Erfolge und Misserfolge, diskutierten Erfahrungen und Erkenntnisse. Auf 380 Seiten machen wir unsere Arbeit, unsere Ansätze und unsere Diskussionen einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich.

Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren
Verlag Westfälisches Dampfboot ISBN: 978-3-89691-947-2

INHALT

THEMA

Mit den Tätern Tür an Tür

BERICHT

Rassistischer Herbst in Cottbus

MONITOR

Pfefferspray-Attacke in Massow

TIPP

Gespräche über Rassismus

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT

Mit Ihrer Hilfe

IMPRESSUM

Mit den Tätern Tür an Tür



Foto Martin Gapa/pixelio.de

In der Debatte um rassistische Gewalt, vor allem gegen Geflüchtete, liegt der Fokus auf Angriffen auf Gemeinschaftsunterkünfte. Dabei gerät in Vergessenheit, dass sich rassistische Gewalt im Alltag manifestiert und sich auch dann fortsetzt, wenn Geflüchtete in eigenen Wohnungen leben. Das gilt auch für Ermittlungsbehörden – so wird aus einem rassistisch motivierten Übergriff schnell ein „Nachbarschaftsstreit“. Dabei stellt die Nähe zu den Täter_innen, die oftmals im selben Hausaufgang leben, sowie die lang andauernde Bedrohung eine besondere Belastung für die Betroffenen dar.

„Warum sagen denn die Leute nichts?“

Frau M. traut sich nicht mehr in ihre Wohnung im Potsdamer Stadtteil Schlaatz. Seit Monaten wird sie bedroht und rassistisch beleidigt. Angefangen hatte es mit dem aufgebrochenen Briefkasten. Ständig wurde ihre Post geklaut, sie fand auch Exkremente im Briefkasten. Weil sie keine Briefe mehr bekam, folgten Schwierigkeiten mit Ämtern und Behörden. Waren Freund_innen zu Besuch, hetzten ihr die Nachbar_innen die Polizei wegen angeblicher Lärmbelästigung auf den Hals. Schließlich wurde sie nachts an ihrer Wohnungstür von

Unbekannten angegriffen, getreten und geschlagen. Erkennen konnte sie die Täter_innen nicht, hörte aber anschließend die Haustür nicht ins Schloss fallen. Für sie ist klar – die Angreifer_innen wohnen im selben Haus. Trotz Notruf kam die Polizei nicht. Die Grenze des Erträglichen war erreicht, als ein Nachbar sie mit einem Messer bedrohte. Frau M. wohnt inzwischen bei Freund_innen.

Sucht die Opferperspektive in Fällen wie diesem Kontakt zu Vermieter_innen und Wohnungsbaugesellschaften, sind diese oft überrascht. „Warum sagen denn die Leute nichts?“, heißt es dann. Dabei fehlt es an direkten Ansprechpartner_innen bei rassistischer Bedrohung und auch an der notwendigen Sensibilität, um sich in die Betroffenen hinein zu versetzen. Im Kontext ihrer Erfahrungen ist für die Betroffenen klar: Rassismus ist das Motiv. Vor dem Hintergrund alltäglicher rassistischer Anfeindungen schaffen etwa permanente „Klingelstreiche“ ein Klima der Ausgrenzung und Angst. Wenn die Betroffenen wüssten, an wen sie sich wenden können, und ihre Handlungsmöglichkeiten gemeinsam mit Unterstützer_innen ausschöpfen, zeigt sich, dass Vermieter_innen durchaus gewillt sind, etwas zu unternehmen. Eine Erfahrung, die Betroffene in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Handlungsfähigkeit stärkt.

Angriffe als Alltag

Frau O.'s Namensschild ist an ihrem Hauseingang das Einzige, das vollständig zerkratzt ist. Über Monate wurden Frau O. und ihre Kinder angepöbeln, ihnen gesagt, sie seien „zu schwarz für hier“. Der Kinderwagen wurde im Hausflur zerstört, ein Nachbar bedrohte die Kinder mit dem Hund. Sie trauten sich nicht mehr auf den Spielplatz. Weil sie nun drinnen spielten, häuften sich Beschwerden über Lärmbelästigung. Zu Neujahr schlugen und traten Unbekannte so heftig gegen die Wohnungstür von Frau O., dass sie fürchtete, sie dringen in die Wohnung ein. Wenig später wurde das Türschloss mit Sekundenkleber verklebt. Während sie im Urlaub ist, wurde die Wohnungstür vollständig mit Baukleber versperrt. Die Wohnungsbau-

gesellschaft zeigte Verständnis für die unerträgliche Situation – sie organisierte eine neue Wohnung in einem anderen Stadtteil. Frau O. zieht um, muss sich nun aber als alleinerziehende Mutter um den Umzug und neue Kindergartenplätze kümmern. Viel Stress, der zu den permanenten rassistischen Übergriffen hinzu kommt.

Häufig nutzen rassistische Nachbar_innen Institutionen wie Vermieter und Polizei, um den Betroffenen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Gerade im Fall von Geflüchteten ist der Zugang zu und die Teilhabe an gesellschaftlichen Unterstützungsangeboten erschwert. Oftmals fehlt ein persönliches Umfeld oder eine Community, die Betroffene rassistischer Gewalt stützen kann. Die Polizei reagiert bei Notrufen häufig zögerlich, falls sie überhaupt in der Lage ist, sich mit den Angegriffenen sprachlich zu verständigen. Es ist gerade diese institutionelle Ausgrenzung, die angreifbar macht.

Nachbarschaftliche Solidarität statt Ohnmacht

Auch wenn das selbstbestimmte Leben und die Privatsphäre einer eigenen Wohnung für Geflüchtete einer Gemeinschaftsunterbringung vorzuziehen ist, darf dies nicht bedeuten, dass staatliche Verantwortung und Unterstützung mit dem Auszug aus der Unterkunft endet. Es braucht in einem viel größeren Ausmaß als bisher betreuende und beratende Angebote für Geflüchtete in Wohnungen. Aber nicht nur staatliche Institutionen müssen ein Bewusstsein für das Phänomen Alltagsrassismus in seiner gewaltvollen Permanenz entwickeln. Genauso sind Nachbar_innen gefragt, die sich mit den Betroffenen solidarisieren und sie nicht alleine lassen mit rassistischer Aggression. Gemeinsam ist es möglich, Rassist_innen etwas entgegen zu setzen. Dafür ist es wichtig aktiv nachzufragen, ob es Probleme mit rassistischen Nachbar_innen gibt, und die Betroffenen zu unterstützen. Sonst bleibt für diese nur der (absolut verständliche) Wegzug – eine Reaktion, die Rassist_innen und Neonazis nur bestärken kann.

Rassistischer Herbst in Cottbus



Proteste gegen die AfD-Kundgebung in Cottbus am 04.11.2015. Foto Lau Feldstain

Mehrere Studierende werden nachts auf dem Universitätscampus der BTU Cottbus durch sieben zum Teil verummte Personen beschimpft, gejagt und angegriffen. In Notwehr verletzen sie zwei der Täter, müssen sich aber anschließend über Stunden vor den Angreifer_innen verstecken bis sie von der Polizei sicher nach Hause begleitet werden. In der gleichen Nacht werden vier Eritreer in einem Bus bedroht, danach von 20 Rechten durch die Stadt gehetzt und mit Flaschen beworfen. Es ist die Nacht des 23. Oktober, in Cottbus finden insgesamt sechs rassistische Angriffe und Hetzjagden auf Geflüchtete, Migrant_innen und ausländische Studierende statt.

Am Abend hatten ca. 250 Menschen gegen die Erstaufnahmeeinrichtung im Stadtteil Sachsendorf demonstriert, darunter polizeibekannte Neonazis. Nur zwei Wochen zuvor nahmen ungefähr 400 Menschen dort an einer unangemeldeten Anti-Asyl-Kundgebung teil. Die Polizei hatte alle Mühe den Mob in Schach zu halten, als er rassistische Parolen brüllend und mit abgeschlagenen Glasflaschen bewaffnet auf das Wohnheim stürmte, in dem gerade ein Willkommensfest stattfand.

Lange Zeit schien es in Cottbus eher ruhig zu sein, doch in den vergangenen zwei Monaten fanden über 20 rassistische Kundgebungen statt. Die Stimmung war zumeist sehr aggressiv. Nicht zufällig sind es bekannte rechte Protagonist_in-

nen, die das bedrohlich steigende rassistische Klima nutzen, um diese Proteste mit ihrer rechten Propaganda zu prägen.

Rechte profitieren von asylfeindlichen Protesten...

Seit dem Aufkommen der Pegida-Bewegung gab es auch in Cottbus einen Ableger: COGIDA. Da dessen Verstrickungen ins rechte Milieu schnell nachgewiesen wurden, konnte er sich nicht etablieren. Nun taucht der Kreis derselben Organisator_innen bei vielen Anti-Asyl-Kundgebungen auf und stellt zum Teil die technische Ausrüstung.

Insgesamt ist eine Verschiebung innerhalb des rechten Spektrum der Stadt zu beobachten: Die NPD scheint zunehmend unattraktiver zu sein und ist kaum noch mobilisierungsfähig. Selbst von der NPD ausgebildete JN-Kader wandten sich von der Partei ab und fanden eine neue politische Heimat zum Beispiel in der Neonazi-Partei „III. Weg“ oder in „freien Kräften“ wie dem verbotenen Neonazinetzwerk „Widerstand Südbrandenburg“. Letzteres agiert im Rahmen der Anti-Asyl-Proteste unter anderem Namen und versucht dadurch in der Region Fuß zu fassen. Thematisch überschneiden sich diese Gruppen erheblich mit der NPD, wirken aber durch ihr „modernes“ und erlebnisorientiertes Auftreten für „jüngere Aktivisten“ attraktiver.

Auch die Fußballhooligans und Teile der Ultra-Szene weisen in Cottbus deutliche Überschneidungen mit dem organisierten rechten Spektrum auf. Sie wollen zwar von außen als „unpolitisch“ angesehen werden, beweisen aber durch das Singen von Neonaziliedern und ihre Kleidung mit eindeutig rechten Emblemen ihre politische Ausrichtung. Im Moment bilden sie den aggressiven und militanten Kern der Cottbuser Rechten, der besonders nach Fußballspielen und Demonstrationen in Erscheinung tritt.

Nach dem 23. Oktober kündigte die AfD erstmals eine Demonstration in Cottbus für Anfang November an und lud zu einem „Bürgerdialog“ ein. Mit ihrem Motto „Asylchaos stoppen“ versuchte sie ebenfalls an die aufgeheizte Stimmung anzuknüpfen. Der Aufmarschort im Rahmen der „AfD-Herbstoffensive“ hat vermutlich strategische Gründe, um den Bogen von Dresden über Brandenburg nach Berlin zu spannen. Denn mit der Wahl von Andreas Kalbitz als Brandenburgs Landesvize und Gaulands Rede von der „Umvolkung“ und „der Auflösung Deutschlands in einem Strom fremder Menschen“ befindet sich die AfD in Brandenburg auf einem klaren Rechtskurs.

... und suchen den gesellschaftlichen Anschluss

Die vielen asylfeindlichen Proteste in Cottbus zeigen, dass rechtspopulistische Aussagen und Parolen von immer mehr Menschen verinnerlicht werden. Gefährlich ist, wenn Medien und (Kommunal-) Politiker_innen zusätzlich Geflüchtete diffamieren und als Bedrohung darstellen. Hier wird mit Ängsten gespielt, die schnell in Wut, Hass und Gewalt umschlagen können. Neonazis werden dadurch zunehmend als legitime Gesprächspartner_innen akzeptiert und zum Teil wird sogar Verständnis für aggressive und gewaltbereite Gruppen entwickelt. Eine Situation zeichnet sich ab, die mit den frühen 1990er Jahren vergleichbar ist. Damals bildeten populistische Parolen und diffuse Ängste den Nährboden für rechten Terror und Gewalt.

Am Abend des 1. September fährt ein Lieferwagen vor die Geflüchtetenunterkunft in Massow. Ein Mitarbeiter der auf dem Gelände tätigen Baufirma steigt aus, ausgerüstet mit einer Atemmaske und bewaffnet mit zwei großen Sprühflaschen Pfefferspray. Er betritt das Gebäude und läuft zielstrebig in den ersten Stock. Ein Komplize wartet mit laufendem Motor. Kurz darauf sind Lärm und hustende Menschen aus dem Obergeschoss zu hören. Ein Bewohner beobachtet, wie der Angreifer ins Erdgeschoss zurückkommt und an Zimmertüren klopft. Sobald sich diese öffnen, sprüht der Mann Pfefferspray. Mittlerweile hat sich das Reizgas im gesamten Flur verteilt. Die Bewohner_innen bekommen immer schlechter Luft, ei-

ner springt aus dem Fenster. Als sich Bewohner_innen dem Angreifer in den Weg stellen, verschanzt er sich in einem der Zimmer. Die Geflüchteten retten sich ins Freie, viele müssen sich übergeben. Den Wachschutz müssen sie selbst auf den Angriff aufmerksam machen, der auch dann nur sehr zögerlich reagiert. Erst nach einer Stunde trifft ein Streifenwagen ein, die Beamt_innen fordern sofort Verstärkung an, als sie das Pfefferspray riechen. Die Feuerwehr behandelt nach eigenen Angaben an diesem Abend 82 verletzte Personen.

Für Brandenburg ist dies einer der schwersten rassistischen Angriffe des Jahres 2015. Skandalös sind die öffentliche

Erklärung der Staatsanwaltschaft, der Täter hätte ohne „fremdenfeindliches Motiv“ und lediglich aus Spaß in den Korridor gesprüht, sowie die offizielle Zahl von 35 Verletzten. Während Geflüchtete von Hitlergrüßen, rassistischen und antiziganistischen Beschimpfungen berichten und gegen den Täter ein Verfahren wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen anhängig ist, behauptet die Heimleitung, keine Hinweise auf eine „rechtsextreme Einstellung“ des 28-jährigen Sachsen zu haben. Statt einer Kündigung ist der Täter nun unter Aufsicht derselben Betreiberfirma in einer Unterkunft in Jüterbog beschäftigt, sein Komplize ist weiterhin in Massow tätig.

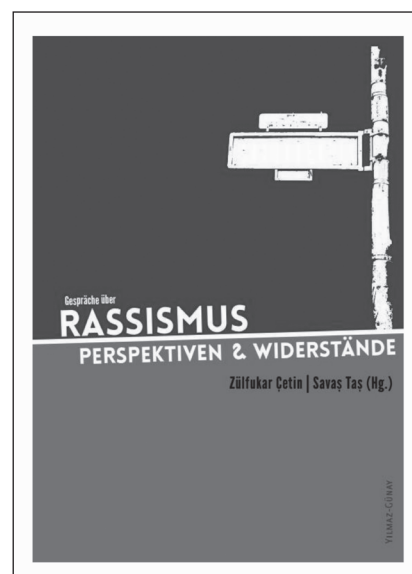
TIPP

Gespräche über Rassismus

Die Interviews mit Aktivist_innen, Künstler_innen und Wissenschaftler_innen thematisieren und hinterfragen aktuelle rassistische Diskussionen und Geschehnisse in Deutschland, stellen sie in historische Zusammenhänge und zeigen auf, wie sie mit anderen Herrschaftsverhältnissen verwoben sind. Dieses Buch, herausgegeben von unserem ehemaligen Kollegen Zülfükar Çetin, gewinnt Stärke, weil

es den Perspektiven und den widerständigen Praxen aus der Sicht von Menschen mit Rassismuserfahrung folgt. Mit der Gesprächsform gelingt es gut, unterschiedliche Rassismen und hochkomplexe Phänomene für ein breites Publikum diskutierbar zu machen. Die Beiträge regen zu einer weitergehenden Auseinandersetzung mit Rassismus an, ermöglichen eigene Vorannahmen zu reflektieren, eigene Positionen zu bestimmen und schlagen den Bogen zu Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen Rassismus.

Zülfükar Çetin, Savaş Taş (Hg.): Gespräche über Rassismus – Perspektiven und Widerstände
Verlag Yılmaz-Günay ISBN 978-3-9817227-1-0.



FÖRDERMITGLIEDSCHAFT

Mit Ihrer Hilfe

Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung ist gerade in diesen Zeiten dringend notwendig. Unser professionelles und dauerhaftes Engagement kann sich nicht allein auf Fördermittel stützen. Denn politische Unabhängigkeit ist die Bedingung parteilicher Interessenvertretung für Opfer rechter Gewalt – auch und besonders in finanziellen Dingen. Jede Spende hilft! Verstärken Sie die Opferperspektive als Fördermitglied – durch Ihre politische Unterstützung und durch Ihren Mitgliedsbeitrag.

www.opferperspektive.de/foerdermitglied-werden

IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001

E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion:
Joschka Fröschner, Ingmar Pech
Lektorat: Haidy Damm

Spendenkonto 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 10020500
IBAN: DE34100205000003813100

